

Hinweise zur Abschreibungstabelle, zu Fragen der Inventur, zur Inventurvereinfachung im Rahmen der ersten Eröffnungsbilanz und zu Bewertungsfragen

Auf der Grundlage der Ergebnisprotokolle der zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens gebildeten gemeinsamen Arbeitsgruppe „Inventurvereinfachung“, die am 20.4.2004, am 7.5.2005 und am 28.6.2005 beraten hat, werden die folgenden Hinweise gegeben:

I. Grundsätze

1. Erfasst werden alle Vermögensgegenstände im wirtschaftlichen Eigentum der Gemeinde (vgl. § 39 AO).
2. Es wird grundsätzlich auf der Basis der Anschaffungs- oder Herstellungswerte bewertet. In begründeten Ausnahmefällen (im Regelwerk benannt) dürfen Werte herangezogen werden, die als Anschaffungs- oder Herstellungswerte gelten.
3. Das bereits nach den geltenden Vorschriften (§§ 38, 39 GemHVO, EigenbetriebsVO, EinrVO-Kom) in Anlagenachweisen erfasste und fortgeschriebene Vermögen wird übernommen.
4. Die abgabenrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.
5. Bei Vermögenstrennung (Verwaltungsvermögen und realisierbares Vermögen) erfolgt eine Bewertung des realisierbaren Vermögens nach Verkehrswerten.

II. Inventur

1. Immobiles Vermögen

1.1 Sofern eine gemischte Nutzung vorliegt, bei der wirtschaftliches und juristisches Eigentum auseinander fallen und unterschiedlich sind (z.B. Mitgliedsgemeinde, Samtgemeinde), ist die Zuordnung sowohl nach wirtschaftlichem als auch nach juristischem Eigentum möglich. Es ist auch möglich, das Gebäude (der Samtgemeinde) als Gebäude auf fremdem Grund und Boden zu aktivieren. Wichtig ist, dass die Vermögensgegenstände in einer der Bilanzen Berücksichtigung finden und eine einvernehmliche Lösung erzielt wird.

1.2 Grundstücke des Gemeindegliedervermögens sind der Gemeinde zuzuordnen.

1.3 Für Erbbaurechte gelten die Regelungen des HGB.

1.4 Die Aktivierung von Grunddienstbarkeiten und Leitungsrechten ist möglich, aber nicht zu empfehlen.

2. Mobiles Vermögen

2.1 Im Rahmen der Erstinventur wird eine körperliche Bestandsaufnahme durchgeführt. Grundsätzlich sind dabei alle Vermögensgegenstände einzeln aufzunehmen, die noch genutzt werden. Nicht aufgenommen werden kurzlebige Vermögensgegenstände mit einer Nutzungsdauer von unter einem Jahr und einem Anschaffungs-/Herstellungswert unter 60 Euro zzgl. Umsatzsteuer.

2.2 Für die erstmalige Ermittlung der Bestände kann unter Aufwandsgesichtspunkten auf die Erfassung der geringwertigen Wirtschaftsgüter (Einzelwert bis 410 Euro + Umsatzsteuer) verzichtet werden. Vermögensgegenstände zum Einzelwert über 410 Euro + Umsatzsteuer, die bereits voll abgeschrieben sind, aber noch genutzt werden, können mit einem Erinnerungswert von 1 Euro angesetzt werden.

2.3 Für die Festbewertung und die Gruppenbewertung gilt § 46 GemHKVO.

2.4 Auf die mengenmäßige Aufnahme von Vermögensgegenständen kann verzichtet werden, wenn sich die Werte anderweitig nachvollziehbar ermitteln lassen.

Beispiel: Verkehrsschilder

- Sofern die Anschaffungswerte bereits in den Baukosten der Straßen enthalten sind, darf keine separate Aktivierung erfolgen.
- Bei Beschaffungen aus dem Verwaltungshaushalt kann generell davon ausgegangen werden, dass es sich um geringwertige Vermögensgegenstände handelt, die als Aufwand zu behandeln sind.
- Nachvollziehbare Ableitungen der Anschaffungswerte aus dem Vermögenshaushalt sind möglich.

2.5 Es sind Verfahren der **vereinfachten Gruppenbewertung von Sachgesamtheiten** möglich:

Beispiel 1: Büroausstattung

- Es erfolgt eine Einteilung in Kategorien nach Ausstattungsstandards.
- Die Anzahl der vorhandenen Büroarbeitsplätze je Kategorie wird ermittelt und mit einem Durchschnittswert bewertet.

Beispiel 2: Schulausstattung

- Die Klassenzimmer werden in Kategorien eingeteilt, gezählt und mit Durchschnittswerten bewertet.
- Alternativ ist auch die Aufnahme nach Anzahl der Tisch-Stuhl-Kombinationen auf der Grundlage der Schüler-Anzahl möglich.

2.6 Zur Abgrenzung der **unselbständigen Gebäudeteile von den Betriebsvorrichtungen** können die HGB-Regelungen herangezogen werden.

3. Geleistete Investitionszuschüsse

Die Einzahlungen in die **Kreisschulbaukasse** werden als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert und mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von maximal 50 Jahren abgeschrieben. Mit der **Krankenhausumlage** wird entsprechend verfahren.

III. Bewertung

1. Mobiles Vermögen

Grundsätzlich ist das mobile Vermögen zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswerten (AHW) zu bewerten. Sofern keine AHW vorliegen, können vergleichbare aktuelle Werte angesetzt werden, die rückindiziert werden.

Beispiel Museumsgut, u.ä.:

- Als Hilfswerte sind Versicherungswerte möglich.
- Eine Abschreibung erfolgt grundsätzlich nicht.

2. Immobilies Vermögen

2.1 Grundstücke (ohne kommunale Sondernutzung)

2.1.1 Grundstücke (generell)

a) unbebaute Grundstücke

BRW; bei Verdachtsflächen mit Sanierungsbedarf (ohne Sanierungskostenschätzung) erfolgt ein Abschlag in Höhe von 20% des BRW;

b) bebaute Grundstücke

BRW abzüglich wertmindernder Faktoren (z. B. Abrisskosten)

c) Sonderflächen

- Straßen, Wege, Plätze

25% des BRW; mind. BRW für Ackerland; 25 % ist ein Höchstsatz, sind die örtlichen Verhältnisse abweichend zu beurteilen, so kann auch ein geringerer Prozentsatz festgelegt werden.

- - Ackerland

entsprechend BRW für Ackerland

- - Grünland

entsprechend BRW für Grünland

- - Waldflächen

für nicht forstwirtschaftlich genutzte Flächen 0,50 Euro/m²

- - Wasserflächen

für nicht fischereiwirtschaftlich genutzte Flächen 0,10 Euro/m²

- - Öffentliches Grün (Parkanlagen)

30% des BRW. Für die Eröffnungsbilanz wird der Aufwuchs pauschal mit 6,50 Euro/m² als Festwert berechnet.

- - Kleingärten

30% des BRW.

2.1.2 Grundstücke mit Gebäuden

Bei einem einheitlich gezahlten Kaufpreis für Grund und Boden einschließlich Gebäude werden der Bodenwert und der Gebäudewert ermittelt. Die Ermittlung des Bodenwertanteils erfolgt auf der Basis des Bodenrichtwertes zum Zeitpunkt des Erwerbs und die Ermittlung des Gebäudewertanteils erfolgt getrennt nach den Bewertungsvorschriften. Der tatsächlich gezahlte Gesamtkaufpreis wird anschließend im Verhältnis der ermittelten Werte (prozentual) aufgeteilt. Bei Eigentumswohnungen muss geschätzt werden. Künftig sollte darauf geachtet werden, dass bereits in den Kaufverträgen der Bodenwert und der Gebäudewert getrennt voneinander ausgewiesen wird.

2.1.3 Straßenaufbauten

Die Bewertung der Straßen (ohne Grund und Boden) erfolgt zu fortgeführten AHW. Sofern unter Aufwandsgesichtspunkten die Ermittlung von AHW nicht zweckmäßig ist, können Näherungswerte gelten. Der tatsächliche Zustand ist zu ermitteln und in Zu- oder Abschlägen zu berücksichtigen.

3. Bewertung in ausgegliederten Bereichen

Bisherige Bewertungen in ausgegliederten Bereichen und Betrieben gewerblicher Art können beibehalten werden. Die bisherigen Bewertungen müssen dem für die jeweilige Ausgliederung geltenden Recht entsprochen haben.

IV. Sonstige Hinweise

1. Friedhofsgebühren

Entsprechend der abgabenrechtlichen Handhabung kann die Friedhofsgebühr für Grabstellen auch als Ertrag der lfd. Periode betrachtet.

2. Investitionszuweisungen / Investitionszuschüsse

2.1 Erhaltene Investitionszuweisungen/Investitionszuschüsse sind für einen Zeitraum ab 1974 aufzunehmen. Sie sind grundsätzlich den getätigten Investitionen zuzuordnen.

2.2 Die Auflösung der Sonderposten erfolgt zeitanteilig gemäß der Nutzungsdauer der getätigten Investitionen. Sofern dies nicht möglich ist (bspw. bei der Allgemeinen Investitionszuweisung nach dem NFAG) kann eine prozentuale Aufteilung entsprechend den vorgenommenen Investitionen erfolgen.

2.3 Wenn Investitionszuwendungen weitergegeben werden (z. B. prozentualer Anteil am Aufkommen an der Feuerschutzsteuer des Landkreises an die Gemeinden), so gilt das Netto-Prinzip.

3. Instandhaltungsrückstellung

Für die erste Eröffnungsbilanz wird empfohlen, keine Instandhaltungsrückstellung auszuweisen (Netto-Ausweisung).

4. Rückindizierung

4.1 Grundlage der Rückindizierung ist grundsätzlich der Baupreisindex des betreffenden Anschaffungs- oder Herstellungsjahres; Abweichungen sind zu begründen.

4.2 Bei historischen Gebäuden kann ein fiktives Jahr der Erstellung festgelegt werden (z. B. das Jahr, bei dem ein größerer Umbau stattgefunden hat).

5. Beteiligungen/Konsolidierung

Anschaffungswerte, die zu aktivieren sind, hat die Gemeinde nur, wenn sie bei Gründung oder später Kapital eingebracht hat. Zahlt eine Gemeinde hingegen nur laufende Zuschüsse, handelt es sich nicht um eine Einrichtung, die zu konsolidieren ist.

6. Sondervermögen ohne Sonderrechnung

Die Vermögensgegenstände werden in der Bilanz bei den vorgeschriebenen Bilanzposten gesondert oder als „davon-Vermerk“ ausgewiesen.

Nach § 102 Abs. 2 Satz 2 NGO ist das Sondervermögen im Haushalt der Gemeinden gesondert nachzuweisen. Deshalb ist dem Anhang eine jeweilige Sonderbilanz beizufügen.

V. Abschreibungstabelle für Niedersachsen (AfA-Kommunen)

Die Abschreibungstabelle für Niedersachsen orientiert sich an den Abschreibungssätzen der KGSt. Abweichungen von der festgesetzten Nutzungsdauer sind zu begründen. Speziell geregelte Nutzungsdauern gehen der Regelung in der allgemeinen Abschreibungstabelle vor.

Hinweis:

Bei der Bemessung begründeter Abweichungen von den o. a. Tabellen-Festwerten sind die dazu geltenden Gutachten der KGSt heranziehbar.

VI. Weitere Hinweise zum neuen Haushaltsrecht

1. Zeitraum des Parallelbetriebes

Während des Parallelbetriebes muss die erste Eröffnungsbilanz nicht vom Rechnungsprüfungsamt geprüft werden. Maßgebend ist die erste Bilanz im doppelischen Verfahren (vgl. Artikel 5 Abs. 7 Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften).

2. Aufbau der Teilhaushalte

2.1 Die Teilhaushalte sind gemäß § 4 Abs. 1 GemHKVO nach den Organisationseinheiten zu gliedern. Dieses gilt für den Ergebnis- und Finanzhaushalt. Ein Produkt soll grundsätzlich in einer

Organisationseinheit bearbeitet werden. Wird ein Produkt von unterschiedlichen Organisationseinheiten bearbeitet, müssen die Zahlungsströme über die Überleitungstabelle zusammengeführt werden (§ 4 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO). Es wird grundsätzlich die Empfehlung ausgesprochen, dass die Produktgruppen in Einklang mit der Verwaltungsorganisation gebracht werden.

2.2 Nach § 1 Abs. 2 Nr. 11 GemHKVO ist dem Haushaltsplan eine Übersicht der Produktgruppen beizufügen. Es wird empfohlen, dass die Überleitungstabelle und die Übersicht der Produktgruppen gleichartig sind und somit die Überleitungstabelle gleichzeitig als Übersicht verwendet werden kann.

3. Erläuterung der Finanzmittel im Finanzhaushalt

Die laufenden Einzahlungen und Auszahlungen aus dem Ergebnishaushalt sind nicht zu erläutern. Es handelt sich dabei um laufende Verwaltungstätigkeit. Zu erläutern sind die Auszahlungen für Investitionen.

4. Ausgleichsbeträge

4.1 Ausgleichsbeträge gem. § 154 BauGB

Die Frage, ob Ausgleichsbeträge zu passivieren und aufzulösen sind oder sie Ertrag darstellen, beantwortet sich folgendermaßen:

Es handelt sich um Wertabschöpfungen des privaten Eigentums für Leistungen der Gemeinde, die in der Vergangenheit liegen. Die Gemeinde kann unterschiedlichste Maßnahmen durchgeführt haben, die zur Wertsteigerung der Privatgrundstücke beigetragen haben. Es sollte darauf abgestellt werden, ob es sich bei den Maßnahmen der Gemeinde, die den Ausgleichsbeträgen zugrunde liegen, um Aufwand oder Investitionen handelt.

Ergebnis:

Vorrangig geht es bei einer Sanierung darum, dass Investitionen der Gemeinde finanziert werden. Deshalb sind die Ausgleichsbeträge bis zur Höhe der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Gemeinde zu passivieren (Sonderposten). Darüber hinaus gehende Ausgleichsbeträge sind außerordentlicher Ertrag. Dabei sind erhaltene Investitionszuwendungen zu berücksichtigen. Der Sonderposten ist entsprechend den Nutzungsdauern der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufzulösen.

4.2 Ausgleichsbeträge im Umlegungsverfahren

Hier handelt es sich nicht in erster Linie um Investitionen der Gemeinde. Die Ausgleichsbeträge sind heute im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen.

Ergebnis:

Die Ausgleichsbeträge im Umlegungsverfahren sind Aufwand und Ertrag.